

### **Sofortinformation von der 3. Landesvorstandssitzung am 4. Juli 2017**

Nach der Protokollkontrolle wurden die Mitglieder des Landesvorstandes von Dr. Rosemarie Hein und Roland Claus in der aktuellen Verständigung über die Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE informiert. Dazu lag dem Landesvorstand eine schriftliche Information von Rosemarie vor. So wurde u.a. über den 2. Engagementbericht der Bundesregierung im Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche debattiert, ebenso wie der 5. Armuts- und Reichtumsbericht im Bundestag vorgestellt wurde. Ferner wurde auf der Basis eines Änderungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) verabschiedet. Die größte mediale und öffentliche Reaktion erzeugte der Gesetzesentwurf „Ehe für alle“, welcher am 30.06.17 mit einer deutlichen Mehrheit im Bundestag beschlossen wurde. Unsere Bundestagsfraktion stimmte für die rechtliche Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Paare in Deutschland.

Daran anschließend berichtete Swen Knöchel über die Arbeit der Landtagsfraktion. Der Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes wurde in den Fachausschuss überwiesen. Die Position der Fraktion konnte durch die mediale Berichterstattung in der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Weitere Themen waren u.a. das Personalvertretungsgesetz, der Änderungsantrag zum Brandschutzgesetz und die Förderung der gesunden Ernährung von Kita- und Schulkindern.

Der Landesvorstand wurde von der Landesgeschäftsführerin informiert, dass es im Landesverband Bestrebungen gibt eine AG Christinnen und Christen zu gründen.

Die Mitglieder des Landesvorstandes haben sich positiv über die Bereitschaft des Genossen Stephan Krull geäußert und seine Besetzung für die Kommission Politische Bildung einstimmig beschlossen.

Im Anschluss informierte der Landesschatzmeister Achim Bittrich über aktuelle finanzielle Belange.

Darauf folgend setzte Achim Bittrich als Landeswahlbüroleiter den Landesvorstand über den aktuellen Stand zur Vorbereitung der Bundestagswahl in Kenntnis.

Nach ausgiebiger Diskussion führte der Landesvorstand einen Beschluss zu den Delegiertenwahlkreisen zur Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag von 2018 bis 2019 herbei.